



Uster, 29. September 2021
Nr. 655/2021
V4.04.71

Postulat 655/2021 von Patricio Frei (Grüne) und Andreas Pauling (Grünliberale):

Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltig investieren

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, mit welchen Massnahmen er erreicht, wie die Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltiger angelegt werden können.

Begründung

Die Anfrage 537/2019 «Investiert die Stadt Uster in Fossile Energie?» hat ergeben, dass die Mitarbeitenden der Stadt Uster aktuell ihre Pensionskassengelder der BVK anvertrauen. Diese Pensionskasse ist gemäss dem Klima-Rating der Vorsorgeeinrichtungen durch die Klima-Allianz vom September 2021¹ gut unterwegs. Diese hat 2017 beschlossen, aus wirtschaftlichen Gründen «Kohleproduzenten aus den weltweiten Aktienportfolios auszuschliessen». Und an über 500 Generalversammlungen auch im Ausland hat sie ihre Stimmrechte grundsätzlich klimapositiv wahrgenommen.

Die BVK hat erste Schritte eingeleitet, aber sie ist keine Vorreiterin wie die Swiss Life Sammelstiftungen, Bâloise, Migros Pensionskasse, Nest oder Abendrot. Diese investieren gezielt in Unternehmen, die sich für eine nachhaltige Zukunft einsetzen. Dadurch vermindern sie auch das Risiko für die Arbeitnehmenden.

Die Antworten des Stadtrats auf diese Anfrage 537/2019 haben aber auch Handlungsbedarf offenbart. Denn der Pensionskasse der Energie Uster AG, der «PKE Vorsorgestiftung Energie», fehlt eine Klimastrategie. Die Klima Allianz bewertet die PKE in ihrem Klima-Rating als «klimaschädigend» ein. Sie begründet dies wie folgt: «Mit dem Willen zu grünem 'Impact Investing' sowie zum Einbezug von ESG- und Klima-Faktoren in das Portfoliomanagement hat die PKE einen ersten Schritt zur Klimaverträglichkeit ihrer Investitionen gemacht. (...) Allerdings fehlt noch ein dokumentierter Plan für eine stringente, zeitnahe Dekarbonisierung des Portfolios, beginnend mit dem

¹ www.klima-allianz.ch/klima-rating



Ausstieg aus fossilen Unternehmen, die nicht zu einem nachhaltigen, auf erneuerbare Energien ausgerichteten Geschäftsmodell übergegangen sind.» Folglich ist die PKE von einer dokumentierten Klimaverträglichkeit der Investitionen noch weit entfernt.

Der Bundesrat hat Mitte 2019 eine Arbeitsgruppe «Sustainable Finance» eingesetzt. Er verweist auf die internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens sowie der UN-Sustainable Development Goals (Agenda 2030). Folglich sollten sich Pensionskassen damit auseinandersetzen, wie sie ihre Anlagepolitik nachhaltig ausgestalten und transparent gegenüber der Öffentlichkeit darstellen, einschliesslich des Berichtes, ob und wie sie ESG- (Environmental, Social, Governance) und Klimarisiken berücksichtigt, oder warum nicht.

Zur Erinnerung: Investitionen in fossile Energie sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich riskant. Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird weltweit zu einschneidenden Massnahmen führen. Investitionen in Unternehmen, die im fossilen Bereich tätig sind, werden an Wert verlieren oder wertlos. Der britische Think Tank «Carbon Tracker» spricht in diesem Zusammenhang auch von der Gefahr einer finanziellen Blase («Carbon Bubble»). Dies stellt ein finanzielles Risiko für Pensionskassen dar.

Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) stellt in einer Studie² fest, dass je nach Szenario zwischen 3 und 21 % der Vorsorgeleistung der Pensionierten gefährdet wäre. Für die BVK, die auch die Pensionskasse der Mitarbeitenden der Stadt Uster ist, postulierte eine Untersuchung die potenzielle klimabedingte Reduktion des Deckungsgrades im 15-Jahre-Horizont von heute 100% auf bis zu 87,5%.

Die Stadtregierung soll deshalb in ihrer Funktion als verantwortliche Arbeitgeberin Einfluss auf die Energie Uster AG nehmen, dass diese sicher stellt, dass die PKE eine transparente und verpflichtende Klimastrategie erarbeitet, die das Ziel der Dekarbonisierung des Portfolios festlegt, angefangen mit dem Ausstieg aus dem Bereich fossile Energien. Es ist im Interesse des Ustermer Stadtrats, die Energie Uster AG dazu zu bringen, gegenüber der PKE die Interessen der Mitarbeitenden an einer finanziell gesunden Pensionskasse geltend zu machen, indem sie das Recht auf Information ausübt und umfassende Informationen einholt. Diese müssten für die Stadt Uster und das Personal der Energie Uster AG als Entscheidungsgrundlage für ein weiteres Vorgehen, unter Einschluss eines möglichen Kassenwechsels, verwendbar sein.

² 2015, Kohlestoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz

Gemeinderat



uster
Wohnstadt am Wasser

Uster, 29. September 2021

Patricio Frei

Andreas Pauling